

Die Einwanderungs-, Flucht- und Asylpolitik der Alternative für Deutschland (AfD)

LISA SCHOLTEN

Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen
im Juni 2016.

Die Einwanderungs-, Flucht- und Asylpolitik der Alternative für Deutschland (AfD)

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	4
2. Einwanderungs-, Flucht- und Asylpolitik der AfD	6
2.1 Öffentliche Aktionen zum Thema „Einwanderung, Flucht und Asyl“	7
2.2 Parlamentarische Aktivitäten zu dem Thema „Einwanderung/Flucht /Asyl“	9
2.3 „Einwanderung, Flucht und Asyl“ in den Parteiprogrammatiken	10
2.3.1 Einwanderungs-, flüchtlings- und asylpolitische Themen in den Wahlprogrammen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt	14
2.3.2 Einwanderungs-, flüchtlings- und asylpolitische Themen im AfD-Grundsatzprogramm	18
3. Fazit	19
Autorin	21
Impressum	21

1. Einleitung

Die längerfristige Entwicklung der „Alternative für Deutschland“ (AfD) von der einstigen „Anti-Euro-Partei“ zur „Anti-Asyl-Partei“ verfestigte sich durch den Führungswechsel der Partei im vergangenen Sommer und der „Herbstoffensive“ 2015. Die Kernthemen „Euro“ und „Europa“ rückten in den Hintergrund und die Themen „Einwanderung“, „Flucht“ und „Asyl“ bestimmten das Agenda-Setting der politischen Programmatik der AfD. Die politischen Forderungen vonseiten der AfD zu den Themen „Einwanderung/Flucht/Asyl“ gründeten insbesondere auf rechtspopulistischen und fremdenfeindlichen Einstellungen und Haltungen, welche vor allem von einzelnen FunktionsträgerInnen (beispielsweise Alexander Gauland, Björn Höcke, Frauke Petry oder Beatrix von Storch) und innerparteilicher Strömungen (beispielsweise der Flügel) propagiert wurden.

Im Zentrum der Einwanderungspolitik standen unter anderem die „kulturelle Identität“ und „nationale Interessen“ und es wurden Feindbilder, insbesondere um den Islam, konstruiert und die Angst vor „Überfremdung“ geschürt. Die Forderungen der AfD im Bereich der Einwanderungspolitik zielten auf eine Reduzierung von Einwanderung, der Minimierung von Flüchtlingszahlen und der Verschärfung der Asylgesetze. Zudem war in den Debatten um das Thema „Einwanderung/Flucht/Asyl“ eindeutig zu erkennen, dass sich die AfD gegen die „Alt-Parteien“ und die herrschende Politik abgrenzen wollte.

Mit ihren Aussagen und Forderungen gelang es der AfD, kontinuierlich Schlagzeilen in regional- und landesweiten Berichterstattungen zum Thema Flüchtlinge zu generieren, wie beispielsweise durch die Äußerungen zum Einsatz von Schusswaffen an deutschen Grenzen von der Parteisprecherin Frauke Petry und deren Stellvertreterin Beatrix von Storch und so die (politischen und gesellschaftlichen) Diskurse mitzubestimmen.

Die Verschiebung der politischen Kernthemen der AfD standen im Kontext gesellschaftlicher Veränderungen: Zum einen entstanden durch den Anstieg der Zahlen geflüchteter Menschen neue politische und gesellschaftliche Herausforderungen. Zum anderen war ein genereller Anstieg rechter und fremdenfeindlicher Bewegungen und Stimmungen in der Bevölkerung auszumachen, beispielsweise durch erstarkende rechte Mobilisierung, wie es die Pegida-Aktionen zeigten oder durch die Verbreitung rechter Ressentiments gegen Geflüchtete.

Durch die Inanspruchnahme des Flüchtlingsthemas generierte sich die AfD ein Alleinstellungsmerkmal als „Anti-Einwanderungs-Partei“ und entwickelte sich dadurch zum parteipolitischen Kulminationspunkt der (neuen) flüchtlingsfeindlichen Bewegung. Darüber hinaus gelang es der Partei, neues Wählerpotenzial zu gewinnen¹. Das erfolgreiche Abschneiden der AfD bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, und Sachsen-Anhalt wurde insbesondere auf die Thematisierung der Einwanderungs- und Asylpolitik zurückgeführt.

Letztlich gelang es der AfD unter der neuen Bundesführung mit Frauke Petry und Jörg Meuthen und der thematischen Neuausrichtung auf die Einwanderungspolitik, ihre Umfragewerte, welche Mitte 2015 bundesweit bei lediglich zwischen drei und fünf Prozent lagen, bis zu den Landtagswahlen zu Beginn 2016 zu steigern: In Baden-Württemberg zog die AfD mit 15,1 Prozent, in Rheinland-Pfalz mit 12,6 Prozent und in Sachsen-Anhalt mit 24,3 Prozent in die Landesparlamente.²

Die fortlaufenden Veränderungen der Schwerpunktsetzung der politischen Parteiprogrammatik der AfD war Ausgangspunkt der Studie „Programmatik, Themensetzung und politische Praxis der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD)“, welche von der Heinrich Böll Stiftung in Auftrag gegeben wurde. Hierin wurden unter anderem ausführliche deskriptive Analysen der veränderten Schwerpunktsetzung, zum Beispiel in den Parteiprogrammatiken, der politischen Praxis und der politischen Propaganda der AfD durchgeführt.

Die vorliegende Ausarbeitung ist als Zusammenfassung der Studie zu verstehen, welche die politische Praxis der Themenkomplexe Einwanderung, Flucht und Asyl der AfD darstellt.

1 Kai Pfundt: Interview mit Forsa-Chef Manfred Güllner – „Die AfD-Wähler suchen Sündenböcke“, in: Bonner General-Anzeiger vom 15.2.2016, <http://www.general-anzeiger-bonn.de/news/politik/deutschland/Die-AfD-Wähler-suchen-Sündenböcke-article3184840.html>, abgerufen 30.05.2016

2 Vgl. Spiegel-Online: Abstimmungen in drei Ländern: Die Ergebnisse der Landtagswahlen im Überblick, vom 14.03.2016, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/wahlen-2016-die-ergebnisse-der-landtagswahlen-im-ueberblick-a-1082093.html>, abgerufen am 02.06.2016

2. Einwanderungs-, Flucht- und Asylpolitik der AfD

Die Einwanderungs-, Flucht- und Asylpolitik der AfD zielte eindeutig auf die Minimierung von Zuwanderung und auf die Verschärfung der Asylpolitik. Haltungen und Forderungen in diesen politischen Bereichen gründeten insbesondere auf dem Wunsch nach dem Erhalt der „deutschen Identität“ und der Ablehnung von Multikulturalismus. Multikulturelle Gesellschaften

„betrachtet die AfD als ernste Bedrohung für den sozialen Frieden und für den Fortbestand der Nation als kulturelle Einheit. Ihr gegenüber müssen der Staat und die Zivilgesellschaft die deutsche kulturelle Identität als Leitkultur selbstbewusst verteidigen.“³

Die Schwerpunktsetzung auf das Thema Zuwanderung wurde deutlich durch die Außen- und Selbstdarstellung der Partei, durch parlamentarische Tätigkeiten und durch die Parteiprogrammatik. Im folgenden werden entscheidende öffentliche Aktionen der AfD, parlamentarische Arbeiten der Partei und, insbesondere im Hinblick auf die erfolgreichen Landtagswahlergebnisse der AfD in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt, die Wahlprogramme und das Grundsatzprogramm auf die Thematik „Einwanderung/Flucht/Asyl“ dargestellt.

3 Entwurf AfD-Grundsatzprogramm, <https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/03/Leitantrag-Grundsatzprogramm-AfD.pdf>, abgerufen am 30.06.2016

2.1 Öffentliche Aktionen zum Thema „Einwanderung, Flucht und Asyl“

Spätestens seit Sommer 2015 veränderte und verstärkte sich das öffentliche Agieren der Partei bei der Auseinandersetzung mit der Flucht- und Asylpolitik im gesamten Bundesgebiet. Die AfD rückte nach einer Phase, in der sie niedrige Umfragewerte erzielte und in der öffentlichen Wahrnehmung keine relevante Rolle mehr zu spielen schien, wieder in den Fokus der medialen Berichterstattung und dadurch in den Fokus der Öffentlichkeit. Das Bild der AfD veränderte sich von der „Anti-Euro-Partei“ zur „Anti-Einwanderungs-Partei“.

Unter der neuen Führung stellte der AfD-Vorstand am 8. September 2015 die „AfD-Herbstoffensive 2015“ vor und erweiterte erstmals parteioffiziell ihr thematisches Aktionsfeld unter dem Motto „Zeit, die Karten auf den Tisch zu legen! Asylchaos und Eurokrise stoppen!“ um den Themenschwerpunkt „Asyl“.⁴

Die „Herbstoffensive“ konnte auch als Zeichen des neuen Bundesvorstandes verstanden werden, sich aktiv in der Öffentlichkeit zu präsentieren. Zuvor gab es parteiinterne Kritik an dem Bundesvorstand, der zu wenig in der Öffentlichkeit wahrnehmbar war.

Im Rahmen der „Herbstoffensive“ wurden bundesweite öffentliche Aktionen, wie Informationsstände oder Vortragsveranstaltungen geplant, die „auf die drängendsten Probleme dieser Tage eingehen und ihre Konzepte den Bürgern vorstellen“⁵. Bereits zu Beginn der Aktivitäten wurde die schwerpunktmäßige Ausrichtung der gesamten Aktionen auf das Flüchtlingsthema deutlich.

Am Ende der Aktionswochen, am siebten November 2015, stand eine Abschlussaktion in Berlin unter dem Motto „Asyl braucht Grenzen. Rote Karte für Merkel“. Bei dieser und bei vorangegangenen Aktionen im Rahmen der „Herbstoffensive“, konnte die AfD bundesweit TeilnehmerInnen mobilisieren, wobei, zumindest bezogen auf die Abschlussveranstaltung, nicht die erwarteten Teilnehmerzahlen erreicht wurden (statt der

4 Alternative für Deutschland: Auftakt zur Herbstoffensive 2015 – Zeit, die Karten auf den Tisch zu legen, vom 8.9.2015, <https://www.alternativefuer.de/2015/09/09/auftakt-zur-herbstoffensive-2015-zeit-die-karten-auf-den-tisch-zu-legen/>, abgerufen 02.06.2016

5 Alternative für Deutschland: Auftakt zur Herbstoffensive 2015 – Zeit, die Karten auf den Tisch zu legen, vom 8.9.2015, <https://www.alternativefuer.de/2015/09/09/auftakt-zur-herbstoffensive-2015-zeit-die-karten-auf-den-tisch-zu-legen/>, abgerufen 02.06.2016

erhoffen 10.000 Personen, nahmen ca. 5.000 Personen an der Abschlussveranstaltung teil).⁶

Auch nach den Aktionen im Rahmen der „Herbstoffensive“ gab es insbesondere in Ostdeutschland regelmäßige öffentliche Aktionen, wie beispielsweise flüchtlingsfeindliche Straßenproteste oder Demonstrationen gegen die Asylpolitik von Bundeskanzlerin Merkel. Ein Höhepunkt diese Aktionen fand im November 2015 statt, als der Thüringer AfD-Landesvorsitzende Björn Höcke und der AfD-Vorsitzende aus Brandenburg, Alexander Gauland, zeitgleich auf Demonstrationen in Erfurt und Magdeburg die gemeinsam verfassten „Grundsätze für Deutschland“ vortrugen. Die „Grundsätze“ basierten auf einem nationalistischen Verständnis und es wurde proklamiert:

„Deutschland ist unser Land! [...] Deutschland war die Heimat unserer Vorfahren. Deutschland muss als Heimat unserer Kinder erhalten bleiben. Deutschland ist unsere Heimat – unser Land – und unsere Nation!“⁷

Die Vortragenden richteten sich insbesondere gegen Asyl-Suchende und Menschen auf der Flucht und gegen die Politik von Merkel bzw. der gesamten „Altparteien“.

Auch wenn insbesondere in ostdeutschen Regionen „Anti-Asyl“ und fremdenfeindliche öffentliche Aktionen von der AfD wahrzunehmen waren und die AfD-Funktionäre Alexander Gauland (Brandenburg) und Björn Höcke (Sachsen) mit „Anti-Asyl-“ und „Anti-Einwanderungs“-Aussagen besonders präsent in den Medien waren, zeigte sich, dass in westdeutschen Regionen die AfD durch derartige Aktionen in den Fokus der Öffentlichkeit rückte. Zudem nahmen derartige Äußerungen und Forderungen einen verstärkten Einfluss auf die politischen und öffentlichen Diskurse zu dem Thema „Flucht und Asyl“ und rückten diese insgesamt weiter nach rechts. Dies wurde beispielsweise deutlich bei den politischen Debatten, die sich insgesamt auf eine Reduzierung der geflüchteten Menschen richtete (Verschärfung der Asylgesetze) oder durch die Zunahme von rechten Ressentiments gegen geflüchtete Menschen in breiten Teilen der Bevölkerung.⁸

Neben der öffentlichen Präsenz der Partei war erkennbar, dass die AfD in ihren parlamentarischen Tätigkeiten die Bereiche „Flucht“ und „Asyl“ verstärkt thematisierte.

6 Alexander Häusler, Rainer Roesler, Lisa Scholten: Programmatik, Themensetzung und politische Praxis der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD). Dresden 2016.

7 Der Flügel (2016): 5 Grundsätze für Deutschland. Veröffentlicht am 31.05.2016 https://www.youtube.com/watch?v=OdM_cgMJT88&nohtml5=False abgerufen am 31.05.2016

8 Alexander Häusler, Rainer Roesler, Lisa Scholten: Programmatik, Themensetzung und politische Praxis der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD). Dresden 2016.

2.2 Parlamentarische Aktivitäten zu dem Thema „Einwanderung/Flucht/Asyl“

Die AfD sitzt derzeit mit insgesamt 102 Mandaten in acht Bundesländern in Landesparlamenten und zwei Mitglieder der Partei sind im EU-Parlament vertreten.⁹

Bislang gibt es noch keine umfassende empirische Datenlage zu den gesamten parlamentarischen Aktivitäten der AfD im Bundesgebiet. In den ersten vorliegenden Analysen und Berichterstattungen aus einzelnen Landesparlamenten war jedoch festzustellen, dass der Themenkomplex *Einwanderung/Flucht/Asyl* eine entscheidende Rolle in der politischen Arbeit der Partei spielte. Zudem zeigte sich deutlich, dass sozial- oder wirtschaftspolitische Themen eher nebensächlich behandelt wurden.

Der ehemalige Grünen-Landtagsabgeordnete Miro Jennerjahn führte beispielsweise in Sachsen eine empirische Studie¹⁰ zu den parlamentarischen Tätigkeiten der AfD durch und belegte, dass 42,4 Prozent aller gestellten Anfragen der AfD im innenpolitischen Bereich gestellt wurden (im Vergleich: Wirtschaft und Arbeit: 8 Prozent und Bildungspolitik: 7,3 Prozent) und hiervon 42 Prozent das Thema Asyl behandelten (im Vergleich: 28 Prozent: Polizei und acht Prozent: Linksextremismus). Ebenso zeigte Jennerjahn auf, dass von den 19 gestellten Anträgen der AfD aus dem Bereich Innenpolitik die Hälfte das Thema Asyl betrafen.

Für das Bundesland Thüringen, in dem die Partei mit acht Personen im Landtag sitzt, stellte die Zeitung Thüringer Allgemeine fest, dass die AfD das Thema „Asyl“ kontinuierlich auf die parlamentarische Tagesordnung setzte und die hierbei behandelten Inhalte im Kern die Reduzierung von Einwanderung forderten.¹¹

Des Weiteren zeigen Beobachtungen der parlamentarischen Arbeit der zehn VertreterInnen in Brandenburg, dass auch hier die Forderungen zu flüchtlings- und asylpolitischen Fragen eindeutig auf eine Reduzierung der Asyl- und Flüchtlingszahlen zielten.¹² In Brandenburg war zudem festzustellen, dass der AfD-Vorsitzende Alexander Gauland das Flüchtlingsthema auch in anderen parlamentarischen Debatten immer wieder auf provo-

9 Alexander Häusler, Rainer Roesler, Lisa Scholten: Programmatik, Themensetzung und politische Praxis der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD). Dresden 2016.

10 Miro Jennerjahn: Thematisch limitiert - Ein Jahr AfD im sächsischen Landtag, vom 30.9.2015, <http://www.miro-jennerjahn.eu/535/thematisch-limitiert-ein-jahr-afd-im-saechsischen-landtag/>, abgerufen 15.4.2016

11 Alexander Häusler, Rainer Roesler, Lisa Scholten: Programmatik, Themensetzung und politische Praxis der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD). Dresden 2016.

12 Ebd.

kante Art einbrachte: beispielsweise forderte er im Frühjahr 2016 bei einer Debatte um mehr Unterstützung für sozial schwache Deutsche: „Muss der sozialbedürftige Bürger erst das Mittelmeer überqueren, bevor er von der Politik wahrgenommen wird?“¹³

Zuletzt zeigten Berichte über die parlamentarischen Tätigkeiten in Hamburg, dass die sieben VertreterInnen der AfD sich vor allem mit den Themen Innere Sicherheit und Migration beschäftigten. Die Anfragen und Anträge der AfD hatten in Hamburg zumeist einen populistischen Charakter und unterstrichen die „Anti-Einwanderungs-Haltung“ der Partei. Die Inhalte und Forderungen unterschieden sich dennoch von den provokanten Äußerungen, insbesondere von ostdeutschen AfD-FunktionärInnen und waren „weit entfernt von Schießbefehlen (Petry), Reden über den, afrikanischen ‚Ausbreitungstyp‘ (Thüringens AfD-Chef Björn Höcke) oder die deutsche Volksgemeinschaft‘ (Sachsen-Anhalts AfD-Chef André Poggenburg).“¹⁴

Aufgrund der bisherigen Erkenntnisse über die parlamentarische Praxis der AfD zeigte sich, dass die „Anti-Asyl-“ und die „Anti-Flüchtlingspolitik“, welche die Partei auch öffentlich propagierte, in den Anträgen und Anfragen der Parlamentarierinnen und Parlamentarier, wenn auch zum Teil in gemäßiger Form, in die Landtage getragen wurden.

2.3 „Einwanderung, Flucht und Asyl“ in den Parteiprogrammatiken

Bereits zu ihren Anfängen thematisierte die Parteiprogrammatik der AfD verstärkt die Bereiche „Einwanderung, Flucht und Asyl“. Zu erkennen war dies insbesondere dadurch, dass in allen Wahlprogrammen, auf Landes- und Europaebene schon 2014 einzelne Kapitel bzw. Unterkapitel zu dem Themenkomplex „Einwanderung/Zuwanderung“ verfasst wurden.

Das Programm der AfD für die Wahlen zum Europäischen Parlament enthielt einen Abschnitt mit dem Titel „Menschenwürdige Zuwanderungs- und Asylpolitik“, und die jeweiligen Landeswahlprogramme 2014 betitelten Abschnitte mit „Sachsen in Deutschland und der Welt“, „Identität, Zusammenhalt und Lebensqualität in Brandenburg

13 Cornelius Pollmer und Jens Schneider: Die AfD macht Showpolitik, in Süddeutsche Zeitung vom 16.3.2016, <http://www.sueddeutsche.de/politik/landtagspolitik-die-afd-macht-showpolitik-1.2908450>, abgerufen 29.5.2016

14 Markus Klemm (dpa): Amateurhaft, dilettantisch, ausgegrenzt - Ein Jahr AfD-Arbeit im Hamburger Parlament, vom 28.03.2016, http://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/parteien/id_77386596/afd-im-hamburger-parlament-amateurhaft-dilettantisch-ausgegrenzt.html, abgerufen 03.06.2016

stärken“ und „Demographie und Zuwanderung“ (in Thüringen) und thematisierten hier- in einwanderungs- flüchtlings- und asylpolitische Fragen.

Im Jahr 2015 enthielten die Programme in den Ländern Bremen und Hamburg ebenso spezielle Abschnitte zu den Themenkomplexen: in Bremen: „Integration und Zuwanderung“ und in Hamburg: „Zuwanderung und Asyl“. Zuletzt fanden sich 2016 schwerpunktmäßige Auseinandersetzungen zu dem Themenkomplex in Baden-Württemberg: „Für ein Ende der Massenzuwanderung und des Asylmissbrauchs“; Rheinland-Pfalz: „Integration, Einwanderung und Asyl“; und Sachsen-Anhalt: „Zuwanderung, Asyl und Integration“.¹⁵

Die Aussagen und Forderungen zielten von Beginn an auf die Minimierung von Zuwanderung und die Beschleunigung von Asylverfahren. Beispielsweise wurde in Thüringen gefordert: „Eine Zuwanderung in die deutschen Sozialsysteme muß unbedingt unterbunden werden, ebenso der Mißbrauch von Sozialleistungen.“¹⁶

-
- 15** Vgl.: Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014: abrufbar unter: <https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2014/03/Europaprogramm-der-AfD.pdf>, abgerufen 16.05.2016
Wahlprogramm der Alternative für Deutschland Sachsen zu den Landtagswahlen 2014, abrufbar unter: <http://afd-fraktion-sachsen.de/audiowahlprogramm.html>, abgerufen am 16.05.2016
Wahlprogramm der Alternative für Deutschland Brandenburg zu den Landtagswahlen 2014, abrufbar unter: <http://www.afd-brandenburg.de/wp-content/uploads/2014/04/LTW-2014-Wahlprogramm-Brandenburg.pdf>, abgerufen am 16.05.2016
Wahlprogramm der Alternative für Deutschland Thüringen zu den Landtagswahlen 2014, abrufbar unter: http://afd-thueringen.de/wp-content/uploads/sites/2/2014/07/AfD_Thueringen_Wahlprogramm.pdf, abgerufen am 16.05.2016
Wahlprogramm der Alternative für Deutschland Hamburg zu den Bürgerschaftswahlen 2015, abrufbar unter: <https://alternative-hamburg.de/wp-content/uploads/2014/12/B%C3%BCrger-schaftswahl-Programm-D.pdf>, abgerufen am 16.05.2016
Wahlprogramm der Alternative für Deutschland Bremen zu den Landtagswahlen 2015, abrufbar unter: http://www.alternativefuer-bremen.de/wp/wp-content/uploads/2015/05/2015-05-04_AfD-Bremen_Wahlprogramm-2015_V2.6-3.pdf, abgerufen am 16.05.2016
Wahlprogramm der Alternative für Deutschland Baden-Württemberg zu den Landtagswahlen 2016, abrufbar unter: <http://afd-bw.de/wahlprogramm/>, abgerufen am 16.05.2016
Wahlprogramm der Alternative für Deutschland Rheinland-Pfalz zu den Landtagswahlen 2016, abrufbar unter: <http://www.alternative-rlp.de/wp-content/uploads/2015/11/wahlprogramm-aus-fuehrlich.pdf>, abgerufen am 16.05.2016
Wahlprogramm der Alternative für Deutschland Sachsen-Anhalt zu den Landtagswahlen 2016, abrufbar unter: http://www.sachsen-anhalt-waehlt.de/fileadmin/LTW2016/Wahlprogramme/wahlprogramm_afd.pdf, abgerufen 16.05.2016
- 16** Wahlprogramm der Alternative für Deutschland Thüringen zu den Landtagswahlen 2014, abrufbar unter: http://afd-thueringen.de/wp-content/uploads/sites/2/2014/07/AfD_Thueringen_Wahlprogramm.pdf, abgerufen am 16.05.2016

In Sachsen wurde propagiert:

„Das Asylrecht dient nicht der Zuwanderung, sondern soll politisch Verfolgten Schutz bieten. Zuwanderungs- und Asylpolitik sind klar zu trennen. Die Verfahren sind im Sinne der Antragsteller zu beschleunigen. An der Residenzpflicht und zentralen Unterbringung der Asylbewerber ist festzuhalten. Straffällig gewordene Asylbewerber verwirken ihr Asylrecht. Bei Ablehnung muss eine zügige Rückführung gesichert sein. Asylbewerber erhalten das Recht, selbst für ihren Lebensunterhalt zu sorgen.“¹⁷

In den meisten Programmen wurde zudem zwischen Kriegsflüchtlingen, die ein Recht auf Asyl hatten, und denjenigen, die anscheinend kein Asylrecht hätten und nur nach Deutschland kämen, um Sozialsysteme auszunutzen, unterschieden. Im brandenburgischen Wahlprogramm wurde beispielsweise geäußert:

„Durch eine zügige Durchführung von Asylverfahren und unverzügliche Abschiebung abgelehnter Bewerber ist zu gewährleisten, dass das Grundrecht auf Asyl nicht als Einfallstor für eine allein wirtschaftlich motivierte Migration missbraucht wird.“¹⁸

Im Wahlprogramm von Baden-Württemberg, welches sich mit am intensivsten mit dem Themenkomplex „Einwanderung/Flucht/Asyl“ befasste, finden sich verschiedenen Forderungen, wie beispielsweise:

„Die Massenzuwanderung ist eine schwere Gefährdung unserer Zukunft - Wir fordern eine Politik, die die Interessen des eigenen Landes und der einheimischen Bevölkerung wieder ins Zentrum rückt, anstatt sich nur an jenen der Asylbewerber zu orientieren. Humanitäre Hilfe bejahen wir – sie muss aber vorübergehend sein und vor allem in den Herkunftsregionen erbracht werden.(...)“

Asylrecht ändern – Missbrauch beenden – Die AfD fordert die Umwandlung des individuellen Grundrechts auf Asyl in eine institutionelle Garantie des Asylrechts. (...) Fehlanreize umfassend abbauen - Die den Asylbewerbern in Deutschland zustehenden Sozialleistungen sind nach Art und Umfang weltweit einmalig. In ihrer unwiderstehlichen Anziehungskraft locken sie Menschen über das Meer und häufig in den Tod.¹⁹

17 Wahlprogramm der Alternative für Deutschland Sachsen zu den Landtagswahlen 2014, abrufbar unter: <http://afd-fraktion-sachsen.de/audiowahlprogramm.html>, abgerufen am 16.05.2016

18 Wahlprogramm der Alternative für Deutschland Brandenburg zu den Landtagswahlen 2014, abrufbar unter: <http://www.afd-brandenburg.de/wp-content/uploads/2014/04/LTW-2014-Wahlprogramm-Brandenburg.pdf>, abgerufen am 16.05.2016

19 Wahlprogramm der Alternative für Deutschland Baden-Württemberg zu den Landtagswahlen 2016, abrufbar unter: <http://afd-bw.de/wahlprogramm/>, abgerufen am 16.05.2016

Neben den Forderungen in den speziellen Kapiteln zu dem Thema „Einwanderung/ Zuwanderung“ in den Wahlprogrammen fand sich ebenso einzelne Aspekte der Einwanderungs- Flucht- und Asylpolitik bei den anderen Kernthemen der AfD wider: beispielsweise beim Thema „Nationale Identität“ ging es um das Thema Integration von zugewanderten Personen, um die „deutsche Identität“ zu wahren.²⁰ Ebenso wurde das Thema „Islam“ verstärkt in den Landesprogrammen behandelt und es gab Anknüpfungspunkte zu politischen Forderungen in Bezug zur Integration von zugewanderten Personen, wie beispielsweise im Wahlprogramm von Baden-Württemberg:

„Wir lehnen das scheinbar schleichende Vordringen integrationshemmender Rechte und Verhaltensweisen strikt ab. Dazu gehört das Tragen des islamischen Kopftuchs. Bei ihm handelt es sich um ein religiös-politisches Symbol repressiver Strömungen im Islam und es steht für die Ungleichbehandlung der Frau. Die AfD setzt sich für ein Kopftuchverbot im öffentlichen Dienst und in der Schule sowie für ein generelles Burkaverbot ein.“²¹

Generell war zu erkennen, dass die inhaltliche Gewichtung des Themas „Einwanderung/ Flucht/Asyl“ in den Wahlprogrammen im Vergleich zu anderen Kernthemen der AfD (beispielsweise: nationale Identität, Europa oder Familie) unterschiedlich ausfiel, jedoch jeweils ein relevantes Gewicht hatte. Insbesondere im baden-württembergischen, im hamburgischen und im europäischen Wahlprogramm hatte der Themenkomplex in Relation zu dem gesamten Umfang der Wahlprogramme einen erhöhten Anteil.²²

Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt zu Beginn 2016 war zu erkennen, dass die AfD den Themenkomplex „Einwanderung/Flucht/Asyl“ verstärkt mit „Ängste“ vor „Überfremdung“ oder „Multikulti“ verknüpfte und die Wahlprogramme verstärkt auf fremdenfeindlichen Ressentiments gegen geflüchtete Personen basierten.

20 Alexander Häusler, Rainer Roesler, Lisa Scholten: Programmatik, Themensetzung und politische Praxis der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD). Dresden 2016.

21 Wahlprogramm der Alternative für Deutschland Baden-Württemberg zu den Landtagswahlen 2016, abrufbar unter: <http://afd-bw.de/wahlprogramm/>, abgerufen am 16.05.2016

22 Vgl. Studie

2.3.1 Einwanderungs-, flüchtlings- und asylpolitische Themen in den Wahlprogrammen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt

In den drei Landtagswahlen (Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt) erzielte die AfD, wie bereits zu Beginn 2016 prognostiziert, ein souveränes und erfolgreiches Ergebnis. Das Ergebnis zeigte, dass die AfD seit den schwachen Umfrageergebnissen aus dem Frühjahr/Sommer 2015 bis zu Beginn 2016 erstarkte und in die politische Landschaft der Bundesrepublik zurückkehrte²³ bzw. es schaffte, in westdeutsche Flächenländer einzuziehen.

Zurückzuführen sind die Ergebnisse insbesondere auf das Kampagnenthema „Flüchtlinge“ in den Wahlkämpfen.²⁴

In Baden-Württemberg beispielsweise beschrieb das Landeswahlprogramm unter dem Titel „Für unser Land – für unsere Werte“²⁵, dass durch eine gleichbleibende Zahl an Zuwanderungen, „Parallelgesellschaften“ entstehen würden, die zur Folge eine „Überlastung der Sozialsysteme“ und „schwere Gefährdungen der inneren Sicherheit und soziale Unruhen“ zur Folge hätten.²⁶ Daraus folgend wurde die Ablehnung der aktuellen Flüchtlingspolitik mit den Slogan „Beendigung des Massenzustroms größtenteils kultur-fremder Menschen“ gefordert.

Die Gründe der Ablehnung basierten insbesondere auf der Ablehnung von Multikulti, was die AfD, nicht nur in Baden-Württemberg, als gescheitert ansah („Das Konzept der multikulturellen Gesellschaft sieht die AfD als endgültig gescheitert an.“)²⁷ und kanalisierte die Forderungen nach dem Ende der „Massenzuwanderung“ und des „Asylmissbrauches“.

23 wahlrecht.de: Umfragen Baden-Württemberg, <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/baden-wuerttemberg.htm>, abgerufen 30.05.2016;
wahlrecht.de: Umfragen Rheinland-Pfalz, <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/rheinland-pfalz.htm>, abgerufen 30.05.2016

24 Kai Pfundt: Interview mit Forsa-Chef Manfred Güllner - „Die AfD-Wähler suchen Sündenböcke“, in: Bonner General-Anzeiger vom 15.2.2016, <http://www.general-anzeiger-bonn.de/news/politik/deutschland/Die-AfD-Wähler-suchen-Sündenböcke-article3184840.html>, abgerufen 31.05.2016

25 Alternative für Deutschland Baden-Württemberg: Für unser Land – für unsere Werte - Landtagswahlprogramm 2016 der AfD Baden-Württemberg, <http://afd-bw.de/wahlprogramm/>, abgerufen 16.05.2016

26 Ebd.

27 Ebd.

Im Programm war weiter zu lesen, dass durch eine „Völkerwanderung unter missbräuchlicher Berufung auf das Asylgrundrecht“ die „kulturellen, politischen und gesellschaftlichen Grundlagen Deutschlands und Europas“ Gefahr liefen, „zertrümmert“ zu werden, falls diese nicht „umgehend gestoppt“ würden.

Hervorgehoben wurde in dem Programm die Abgrenzung der AfD zu den „Altparteien“, die laut AfD sowohl auf der Bundes- als auch auf der Landesebene eine „verantwortungslose“ Einwanderungspolitik betreibe. Im Gegensatz zu den „Altparteien“ sah sich die AfD als Verteidiger der bürgerlichen Werte der abendländischen Kultur und skandierete „wird dieser Zustrom nicht gestoppt, so ist das Ende der deutschen und europäischen Kultur besiegelt.“²⁸

Weitere Forderungen in einwanderungs- flüchtlings- und asylpolitischen Fragen zielten auf die Aussetzung des Schengen-Vertrags, der Grenzsicherung nach „australischem Vorbild“ und einer „konsequente Durchsetzung der Ausreisepflicht abgelehnter Asylbewerber“.

Zudem verknüpfte die Partei ihre Forderung nach mehr „kommunaler Bürgerbeteiligung“ mit dem Thema Einwanderung und Asyl: So fordert sie, dass „Bürger in Deutschland (...) in angemessener Weise in die Entscheidungsprozesse bei Integrations- und Zuwanderungsfragen einzubeziehen [sind]“, beispielsweise bei der Frage nach der Unterbringung von Asylbewerbern. Zu erkennen war hierbei, dass die AfD versuchte, die Richtung vorzugeben, wohin die Bürgerbeteiligung zielen sollte, so schrieb sie weiter, dass „Asylbewerberheime (...) wie Pilze aus dem Boden [schießen].“

In Rheinland-Pfalz zeigte sich ebenfalls, dass die AfD im Landtagswahlkampf von gesellschaftspolitischen Veränderungen, insbesondere der Zunahme der Ressentiments gegen Flüchtlinge, profitierte.²⁹

In dem rheinland-pfälzischen Wahlprogramm spielte einleitend die deutsche Kultur eine wichtige Rolle und es heißt „Im Jahr 2016 tritt das deutsche Bürgertum in der Alternative für Deutschland erneut für die Bewahrung der bürgerlichen Rechte und Freiheiten ein, für die schon unsere Vorfahren stritten“ und bezog sich auf eine 1832 verfasste Präambel, die sich für „nationale Einheit, Souveränität, Demokratie und Meinungsfreiheit“ einsetzte.³⁰

28 Ebd.

29 Peter Zschunke: Drei Kinder pro Frau und Ende des „Genderwahns“, in: Die Welt vom 26.1.2016, <http://www.welt.de/politik/deutschland/article151464206/Drei-Kinder-pro-Frau-und-Ende-des-Gen-derwahns.html>, abgerufen 06.06.2016

30 Alexander Häusler, Rainer Roesler, Lisa Scholten: Programmatik, Themensetzung und politische Praxis der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD). Dresden 2016.

Die Aussagen zu einwanderungs- und asylpolitischen Themen bezogen sich insbesondere auf: die Verhinderung des Asylmissbrauchs, einer konsequenten Abschiebep Praxis und die Verhinderung von Parallelgesellschaften. Auch hierbei ging es um die Wahrung der deutschen Identität („Mut zu Deutschland – Identität fördert Integration“).³¹

Erneut wendete sich die AfD gegen die herrschende Asylpolitik und kritisierte, dass die derzeitige Asylpolitik eine „steigende Belastung für unser Land und eine Gefahr für die tatsächlich Asylberechtigten darstellt“³².

Öffentlichen Stellungnahmen des Landesvorsitzenden Uwe Junge war zu entnehmen, dass auch im rheinland-pfälzischen Wahlkampf die Ablehnung von Multikulti auf Vorurteilen basierte und Ängste schüren sollte. So sprach Junge von „massenhaft unregelmäßiger Zuwanderung von jungen Männern aus allen Konfliktregionen dieser Welt“³³ oder von „massenhaft einwandernden Analphabeten“, welche in der Folge „eine unkalkulierbare Belastung für die Unternehmen und unseren Sozialstaat“ hätten und weiter zum „Schaden der heimischen Bevölkerung“ führe würde. Ebenso skandierete er, dass „die Arbeitslosigkeit im Niedriglohnsektor steigen [wird]“, „die Quantität, die Qualität der Gesundheitsversorgung für alle sinken [wird]“, sich „die Wohnungsnot bei günstigem Wohnraum verschärfen [wird]“ und „die Kriminalität und die terroristische Bedrohung steigen [wird]“.³⁴

Auch im Wahlprogramm von Sachsen-Anhalt: „Die Stimme unser Bürger – Unser Programm! Wir für unsere Heimat“³⁵, beziehen sich einwanderungs- flucht- und asylpolitischen Themen auf die Abgrenzung der herrschenden Politik der „Altparteien“ („Die zügellose Masseneinwanderung bedroht unseren bescheidenen Wohlstand und unseren inneren Frieden.“), gegen Multikulti und für die Stärkung der „regionalen und nationalen Identität“ („Pfleger der deutschen Leitkultur“).

31 Wahlprogramm der Alternative für Deutschland Rheinland-Pfalz zu den Landtagswahlen 2016, abrufbar unter: <http://www.alternative-rlp.de/wp-content/uploads/2015/11/wahlprogramm-ausfuhrlich.pdf>, abgerufen am 16.05.2016

32 Ebd.

33 Peter Zschunke: Drei Kinder pro Frau und Ende des „Genderwahns“, in: Die Welt vom 26.1.2016, <http://www.welt.de/politik/deutschland/article151464206/Drei-Kinder-pro-Frau-und-Ende-des-Genderwahns.html>, abgerufen 06.06.2016

34 Rhein-Zeitung: Dokumentation: Das wählen Sie, wenn Sie das Kreuz bei der AfD setzen, vom 3.3.2016, http://www.rhein-zeitung.de/landtagswahl2016_artikel,-Dokumentation-Das-waehlen-Sie-wenn-Sie-das-Kreuz-bei-der-AfD-setzen-_arid,1448513.html, abgerufen 06.06.2016

35 Alternative für Deutschland Sachsen-Anhalt: Die Stimme der Bürger - unser Programm! - Wahlprogramm - Zur Landtagswahl am 13. März 2016 - Wir für unsere Heimat, <http://www.afd-lsa.de/start/wahlprogramm-2016/>, abgerufen 16.05.2016

Erneut wurden Vorurteile mit bedrohlichen Szenarien verknüpft wie:

„Durch den ungebremsen Zustrom von Millionen von Einwanderern, die unsere Sprache nicht sprechen, die aus Kulturen stammen, die uns zutiefst fremd sind, und die zumeist über keine besondere Qualifikation verfügen, werden Parallelgesellschaften zementiert.“³⁶

Ebenso zeigte sich im Unterkapitel „Ja zum Asylrecht — Nein zum Missbrauch!“, dass es in den Forderungen um eine „maximale Aufnahmequote für tatsächlich politisch Verfolgte und Flüchtlinge“ ging, die „sich am Willen der Bevölkerung orientiert und die daraus resultierenden Kosten nicht außer Acht [lassen soll]“.

Im Bezug zur Integration von Migranten hieß es in dem Programm weiter:

„Gebraucht werden keine an die Bevölkerung gerichteten Kampagnen für Weltoffenheit, eine staatlich verordnete ‚Willkommenskultur‘, ‚Aufnahmebereitschaft‘ oder Antidiskriminierungsschulungen, sondern eine an die Einwanderer gerichtete aktivierende Integrationspolitik und Förderung der Integrationswilligkeit.“

Zudem war festzustellen, dass die Integration von Zugewanderten darauf zielte, die „deutsche Identität“ und die „Traditionen des christlichen Abendlandes“ zu wahren, welche sich klar vom „Islam“ abgrenzten („Der Islam gehört hingegen nicht zu unserer Identität. Er hat unsere Geschichte und unser Selbstverständnis nicht geprägt“)³⁷.

Insgesamt schaffte es die AfD in den drei Landtagswahlen auf 61 Landtagsmandate. Wahlanalysen zeigten deutlich, dass das wahlentscheidende Thema bei den AfD-Wählerinnen und AfD-Wählern „Flucht“ war: In Sachsen-Anhalt war das Thema für 56 % entscheidend (im Vergleich: 42 % soziale Gerechtigkeit, 27 % innere Sicherheit und 25 % Wirtschaft und Arbeit); in Baden-Württemberg für 69 % (im Vergleich: 37 % soziale Gerechtigkeit, 32 % innere Sicherheit und 21 % Wirtschaft und Arbeit) und in Rheinland-Pfalz für 65 % (im Vergleich: 39 % soziale Gerechtigkeit, 33 % innerer Sicherheit und 26 % Wirtschaft und Arbeit).³⁸

Somit lässt sich abschließend festhalten, dass insbesondere die Ausrichtung der Partei auf einwanderungs- flüchtlings- und asylpolitischen Themen zu den Wahlerfolgen beigetragen hat.

36 Ebd.

37 Ebd.

38 Alexander Häusler, Rainer Roesler, Lisa Scholten: Programmatik, Themensetzung und politische Praxis der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD). Dresden 2016.

Auch das Grundsatzprogramm, welches die AfD bei ihrem Parteitag Ende April 2016 in Stuttgart gemeinsam beschlossen hat, enthielt entscheidende Forderungen welche den Themenkomplex Einwanderung/Flucht/Asyl betraf.

2.3.2 Einwanderungs-, flüchtlings- und asylpolitische Themen im AfD-Grundsatzprogramm

Im Grundsatzprogramm der AfD einigten sich die Teilnehmenden des Parteitages auf vereinzelte Punkte, welche sich auf die Einwanderungspolitik bezogen: Unter anderem wurde beschlossen, dass zwar „qualifizierte Einwanderer mit hoher Integrationsbereitschaft“ für den Arbeitsmarkt willkommen sind, aber eine „ungeregelte Asylzuwanderung“ abgelehnt wird. Künftig sollen Asylanträge nur noch in sogenannten „Asylzentren“ in den Herkunftsregionen von Flüchtlingsbewegungen gestellt werden können.³⁹

Zudem stellte sich die AfD gegen das individuelle Grundrecht auf Asyl nach Artikel 16 des Grundgesetzes und äußerte sich hierzu: „Die AfD will das individuelle Asylgrundrecht durch die grundgesetzliche Gewährleistung eines Asylgesetzes (institutionelle Garantie) ersetzen.“⁴⁰ Weiter darf nach Meinung der AfD das Asylrecht nicht länger als ein „Vehikel der Masseneinwanderung“ missbraucht werden.

In den Aussagen und Berichterstattungen rund um den Parteitag in Stuttgart war zu erkennen, dass die AfD ein weiteres Kernpunktthema in Verbindung mit der Einwanderungspolitik setzten möchte: Durch das Thema „Islam“ will sich die AfD ein neues Aktionsfeld erschließen.⁴¹ Beispielsweise äußerte sich die stellvertretende AfD-Sprecherin Beatrix von Storch in einer Mail im Vorfeld des Parteitages an ihre Vorstandskollegen wie folgt: „der Islam [ist] das brisanteste Thema des Programms überhaupt (...) Asyl und Euro sind verbraucht, bringen nichts Neues.“⁴²

39 Alternative für Deutschland: Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland - Leitantrag der Bundesprogrammkommission und des Bundesvorstandes, S. 12, <https://www.alternativefu-er.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/03/Leitantrag-Grundsatzprogramm-AfD.pdf>, abgerufen 02.05.2016

40 Ebd.

41 Alexander Häusler, Rainer Roesler, Lisa Scholten: Programmatik, Themensetzung und politische Praxis der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD). Dresden 2016.

42 Markus Grill: Anti-Islam-Kurs – Exklusiv: Email von Beatrix von Storch und das geplante Grundsatzprogramm, in Correctiv vom 11.3.2016, <https://correctiv.org/blog/2016/03/11/afd-hat-neues-knall-thema/>, abgerufen 30.05.2016

3. Fazit

Durch die Ausrichtung auf einwanderungs-, flüchtlings- und asylpolitische Themen ist es der AfD gelungen, zurück in den Blick der Öffentlichkeit zu kommen. Die Partei schaffte es, niedrige Umfragewerte des vergangenen Jahres in erfolgreiche Wahlergebnisse zu Beginn des Jahres 2016 zu ändern.

Diese Ergebnisse müssen im Kontext eines gesellschaftlichen Wandels und Umdenkens gesehen werden, welche insbesondere durch den zahlenmäßigen Anstieg der geflüchteten Personen und der medialen Berichterstattung hierüber gekennzeichnet sind: Aus der „Willkommenskultur“ wurde eine „Abschottungskultur“, die besonders durch „Ängste“ vor „Multikulti“ und „Überfremdung“ geprägt wurde.

An dem Erfolg der AfD schien auch die Politik der Großen Koalition beteiligt zu sein, die es, nach der Wahrnehmung vieler BürgerInnen, nicht schaffte, den Herausforderungen der Fluchtbewegung gerecht zu werden.⁴³

An diesen Punkten setzte die politische Ausrichtung der AfD in Einwanderungsfragen an: Die Partei propagierte eine „Überfremdung“, schürte Ängste und verlagerte ihr einstiges „Feindbild“ „EU“ auf „Geflüchtete“ und „Asylsuchende“ und fokussierte hierbei vor allem den „Islam“. Zudem kritisiert die AfD die derzeitige Politik (Altparteien). Bundesweit machte sich die AfD zum „Sprecher des kleinen Mannes“ und erzeugte das Bild der „Anti-Einwanderungspartei“.

Dass die Forderungen und Inhalte in Asyl- und Flüchtlingsfragen zum größten Teil auf simplifizierende und populistische Antworten basierten, schien vor allem in den Wahlkämpfen wenig beachtet. Daneben zeigte sich, dass die Partei, insbesondere in den vergangenen Wahlkämpfen, weitere (regionale) Themen nur wenig besetzte.

Hingegen schaffte es die AfD durch ihre Selbst- und Außendarstellung als „Anti-Einwanderungspartei“ breite Teile der Bevölkerung zu mobilisieren: Zum einen bei öffentlichen Aktionen (beispielsweise im Rahmen der „Herbstoffensive“) auf die Straße zu gehen und zum anderen die AfD zu wählen.

⁴³ Alexander Häusler, Rainer Roesler, Lisa Scholten: Programmatik, Themensetzung und politische Praxis der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD). Dresden 2016.

Die Wahlanalysen der Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt zeigten deutlich, dass das ausschlaggebende Thema bei den AfD-Wählerinnen und AfD-Wählern „Flucht“ war.

Die Analysen zeigten einerseits, dass große Teile der AfD-Wählerschaft die herrschende Flüchtlingspolitik kritisch bewerteten: in Sachsen-Anhalt beispielsweise äußern sich 50 Prozent der Befragten dahin gehend, dass die Flüchtlingspolitik der Bundeskanzlerin schlecht war. Andererseits befürworteten die Wählerinnen und Wähler die flüchtlingspolitischen Forderungen der AfD: In Baden-Württemberg unterstützen 99 Prozent und in Rheinland-Pfalz 96 Prozent der AfD-Wählerschaft die AfD-Forderung, den Zuzug von Flüchtlingen zu begrenzen.⁴⁴

Neben dem Zuspruch durch die Wählerschaft bei politischen Forderungen in der Einwanderungspolitik zeigte der AfD-Parteitag, dass die Parteispitze und die Parteibasis eine konsensuelle Einheit bei dem Themenkomplex „Einwanderung/Flucht/Asyl“ bildeten.

Auszugehen ist davon, dass die Konzentration der AfD auf das Thema „Einwanderung/Flucht/Asyl“ sowohl durch innerparteiliche Veränderungen (neuer Bundesvorstand) als auch durch gesellschaftliche Veränderungen („Fluchtbewegungen“) bedingt wurde. Die zunehmende Radikalisierung der Forderungen hierbei scheint im Einklang zwischen öffentlich verwendeter rechtspopulistischer Rhetorik, parlamentarischen Aktionen und erarbeiteter Positionen in der Parteiprogrammatik zu stehen.

Im Hinblick auf die Wahlen im Herbst 2016 und die Wahlen im „Superwahljahr“ 2017 bleibt abzuwarten, inwieweit sich Haltungen und Forderungen der AfD zum Thema „Islam“ und hiermit in Verbindung auf einwanderungs-, flüchtlings- und asylpolitische Fragen auswirken wird. Festzustellen ist bereits, dass das Thema „Islam“ die Einwanderungspolitik der AfD und den bundespolitischen Raum bereits eingenommen hat.

44 Alexander Häusler, Rainer Roesler, Lisa Scholten: Programmatik, Themensetzung und politische Praxis der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD). Dresden 2016.

Autorin

Lisa Scholten ist Soziologin. Sie studierte an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster Soziologie auf Magister mit den Nebenfächern Politikwissenschaften und Öffentliches Recht.

Impressum

Herausgeber: Stefan Schönfelder, Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen
Schützengasse 18, 01067 Dresden

Layout/Satz: Antje Meichsner

Erscheinungsort: www.weiterdenken.de, Weiterdenken –
Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, Schützengasse 18, 01067 Dresden

Erscheinungsdatum: Februar 2016

ISBN: 978-3-946541-11-0 (nur für dieses pdf)

Weitere E-Books zum Downloaden unter
www.weiterdenken.de/de/publikationen

Copyright:

Das gesamte Dossier und die einzelnen Beiträge stehen unter einer Creative Commons Lizenz (CC BY-NC-ND). Sie dürfen verbreitet, vervielfältigt oder öffentlich zugänglich gemacht werden unter folgenden Bedingungen:

- Namensnennung – Sie müssen den Namen des Autors/ der Autorin und des Rechteinhabers (Heinrich-Böll-Stiftung) sowie die URL des Werks (Direktlink) nennen.
- Keine kommerzielle Nutzung – Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.
- Keine Bearbeitung – Dieses Werk darf nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert werden.

Abweichungen von diesen Bedingungen bedürfen der Genehmigung des Rechteinhabers:

info@weiterdenken.de

